

PARTEIEN

«Startschuss» für die Planung Stadthaus «Sechtbach» gefallen

Der Gemeinderat hat den Planungsschritten für die von den Stimmberechtigten mit überwältigendem Mehr bestimmte Stadthaus-Variante «Sechtbach» zugestimmt. Die vom Stadtrat unverzüglich eingesetzte Projektgruppe arbeitet nach verschiedenen Bestandesaufnahmen jetzt mit «Vollampf» an der Ausarbeitung aller notwendigen Grundlagen für die Durchführung des Gesamtleistungsstudien-Wettbewerbs. Das Siegerprojekt wird im Spätherbst 2016 für den Gemeinderat zur Prüfung und Genehmigung vorliegen.

Die Stimmberechtigten werden im 2017 aufgefordert, über die Realisierung zu befinden. Die Arbeit der Projektgruppe während der letzten zehn Monate hat uns als FDP-Fraktion und Initianten überzeugt, dies sowohl fachlich als auch bezüglich Arbeitsfortschritt – immer unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Die beiden Mitglieder aus dem Gemeinderat (je eine Vertretung aus der Rechnungsprüfungskommission und der Fachkommission I) werden in der Jury den Planungsfortschritt verfolgen und mitbestimmen. Wir freuen uns auf die nächsten Schritte.

Auch die übrigen vom Gemeinderat behandelten Geschäfte sind alle im Sinn der FDP-Fraktion verabschiedet worden, insbesondere die Sanierung des 50-jährigen Naturraums-Platzes inklusive Banden und Tribüne für den FC Bülach. «Knöchelverstauchungen wegen holpriger Unterlage oder spielen im Sumpf» auf der Gringlen sollte dann im Frühling 2016 der Vergangenheit angehören.

Alfred Schmid, FDP-Fraktion,

Nein der SP zu den Beiträgen für die Kinderbetreuung

An der letzten GR-Sitzung hat der Gemeinderat Ja gesagt zur Beitragsverordnung für familienergänzende Betreuung für Kinder im Vorschulalter. Damit erhalten neu auch Eltern Beiträge, die ihre Kinder ausserhalb der städtischen Kinderkrippe betreuen lassen. Dieses Anliegen ist für die SP unbestritten und in anderen Städten schon lange der Normalfall und übrigens vom Gesetzgeber auch so vorgeschrieben.

Nein sagen wir aber zur unfairen Einengung der Bezugsberechtigung. So beschloss der Gemeinderat, dass eine alleinerziehende Mutter, die infolge Umstrukturierung ihre Stelle verliert, keine Beiträge mehr erhalten wird. Arbeitslosigkeit wird nicht einer Beschäftigung gleichgesetzt.

Auch Eltern oder Elternteile mit einem steuerbaren Vermögen von über 300 000 Franken fallen aus der Bezugsberechtigung. Dies bedeutet, dass Eltern, die beispielsweise dank einem Eigenheim Vermögen haben, trotz einem mittleren Einkommen keinen Anspruch haben. Kommt hinzu, dass die heutigen Beiträge gegenüber den bisherigen stark gekürzt werden. Deshalb sagte die SP-Fraktion klar Nein.

Samuel Lienhart,
Fraktionspräsident der SP Bülach

Der «Wochenpiegel» veröffentlicht neben Leserbriefen, Berichten aus Vereinen auch Einsendungen von Ortsparteien. Bitte senden Sie die Texte am besten in einem Word-Dokument an folgende Adresse: info@wospi.ch. Denken Sie bitte daran: Je kürzer die Texte sind, desto eher werden sie gelesen. Die Redaktion behält sich vor, zu lange Texte zu kürzen.

Hitzige Debatte beim Wahlpodium der FDP

Die FDP Bülach veranstaltete letzte Woche ein Wahlpodium. Zu Gast waren Ruedi Noser (FDP), Daniel Jositsch (SP) und Barbara Steinemann (SVP). Zu reden gaben vor allem die aktuelle Flüchtlingsproblematik und die Probleme mit der Personenfreizügigkeit.

Flavio Zwahlen

Rund 120 Personen kamen am Dienstag vor einer Woche nach Bülach in die Vetropackarena. Dort veranstaltete die FDP Bülach zusammen mit den Bezirken Dielsdorf und Bülach und der jungen Bewegung «Operation Libero» im Vorfeld der Ständerats- und Nationalratswahlen ein Podium. Dabei debattierten drei Politiker, die sich am 18. Oktober zur Wahl stellen werden, zum Thema «Einwanderungsland Schweiz?». Mit dabei waren Ruedi Noser, Ständeratskandidat der FDP, Daniel Jositsch, Ständeratskandidat der SP, und Barbara Steinemann, Nationalratskandidatin der SVP.

Erfahrungen mit Einwanderern

Zum Einstieg thematisierte Moderatorin Charlotte Sieber von der «Operation Libero» die zurzeit heiss diskutierte Flüchtlingspolitik. Sie wollte von den Podiumsgästen persönliche Erlebnisse mit Zuwanderern hören. Ruedi Noser hatte viele positive Geschichten anzubieten: «Als Unternehmer in der IT-Branche habe ich viel mit Zuwanderern zu tun.» Auch Barbara Steinemann, die in der Sozialbehörde Regensdorf arbeitet, hat durch ihre berufliche Tätigkeit häufig Kon-



Debattierten über Flüchtlingspolitik und Personenfreizügigkeit (v.l.): Moderatorin Charlotte Sieber (Operation Libero), Ruedi Noser (FDP), Barbara Steinemann (SVP) und Daniel Jositsch (SP).

Foto: Flavio Zwahlen

takt zu Einwanderern. Daniel Jositsch hingegen meinte trocken: «Ich sehe jeden Morgen, wenn ich mich rasiere, einen Immigranten im Spiegel.» Seine Aussage brachte die Mehrheit der anwesenden Zuschauer zum Schmunzeln.

Doch danach galt es ernst. Wie stehen die Politiker zur aktuellen Flüchtlingspolitik Europas, insbesondere der Schweiz? Barbara Steinemann sagte: «Wir setzen mit unserem funktionierenden Sozialstaat grosse Anreize für Flüchtlinge.» Weiter würden sie wissen, dass sie lange in der Schweiz bleiben können. «Mit dem Geld, das wir bei uns in einen Flüchtling investieren, könnten wir 500 Leute in Afrika ernähren», so Steinemann weiter. Mit dieser Aussage war SPler Daniel Jositsch überhaupt nicht einverstanden: «Mir läuft es kalt den Rücken herab, wenn ich ihnen zuhöre, Frau Steinemann.» Für ihn sei die aktuelle Situation eine humanitäre Katastrophe. «Wir müssen denen helfen, die an Leib und Leben bedroht sind, und mit den anderen Europastaaten eine Lösung finden.» Auch Ruedi Noser ist nicht einverstanden mit Barbara Steinemann.

Er sagte: «Der Enthusiasmus in Europa führte zur Destabilisierung der Regimes. Nun müssen wir mit den Konsequenzen leben und sie zusammen ausbügeln.»

Fachkräfte aus dem Ausland

Charlotte Sieber wechselte das Thema von den Flüchtlingen zur Arbeitsmigration: «Ausländer, die hier arbeiten können, ziehen in die Schweiz und nehmen ihre Familien mit.»

Daniel Jositsch sagt: «Ich war ein Gegner der Personenfreizügigkeitsinitiative. Beispielsweise in der Wirtschaft sind viele sehr wichtige Fachkräfte aus dem Ausland in die Schweiz gekommen.» Weiter brachte er das Beispiel der Lehrer: «Heutzutage findet man in der Schweiz fast keine Lehrpersonen mehr. Von wo holen wir sie also?» Man könne natürlich auch 35er-Klassen bilden. «Aber das wollen sie ja nicht oder?», Jositschs Frage ans Publikum gerichtet. Ruedi Noser vertritt eine ähnliche Meinung: «Wir planen immer mehr, wir sind immer weniger, brauchen aber immer mehr.» In der IT-Branche würden jährlich 3600 Fachkräfte fehlen. «Wir können diese Stellen ins

Ausland verlegen, oder wir müssen die Leute zu uns holen», so Noser weiter.

Barbara Steinemann war da anderer Meinung: «In vielen Branchen provoziert die zunehmende Einwanderung eine erhöhte Nachfrage. Wir brauchen zum Beispiel mehr Leute im Gesundheitswesen.» Sie versteht nicht, wieso man vielmals nicht zuerst die arbeitslosen Schweizer anstellt, statt die Leute aus dem Ausland zu holen. «Vielfach holt man ausländische Arbeitskräfte, weil sie billiger sind», bekräftigt Steinemann ihre Aussage.

Viele junge Gäste

Rund ein Drittel der Zuschauer waren Schüler der Kantonsschule Zürcher Unterland. Die Sechstklässler besuchten das Podium im Zuge einer Studienwoche. «Sie alle sind zum ersten Mal an einem Politik-Podium», sagte Flavia Kleiner, Co-Präsidentin von «Operation Libero». Die Schüler stellten während des Podiums interessiert Fragen. (fzw.)

Konsens in der Flughafenpolitik suchen

Der Flughafen ist Fluch und Segen. Dies das Fazit einer kontradiktorischen Podiumsveranstaltung der SP und der FDP in Bülach.

Daniel Jaggi

An der Veranstaltung im Vorfeld der Nationalratswahlen nahmen die SP-Vertreter Thomas Hardegger (Rümlang, bisher) und Priska Seiler Graf (Kloten, neu) sowie die FDP-Vertreter Beat Walti (Zollikon, bisher) und Ursula Gross Lehmann (Küsnacht, neu) Stellung zum Flughafen. Im Zentrum der Diskussion standen der Fluglärm, die Auseinandersetzung zwischen der Bevölkerung im Norden und im Süden des Flughafens sowie die Pistenverlängerung.

«An einem Strick ziehen»

Unabhängig, wie verfahren die Situation in den verschiedenen Flughafen-dossiers ist, wurde von links und rechts immer wieder darauf hingewiesen, dass nur ein Konsens aller Akteure zu akzeptablen Lösungen führen kann. Hardegger: «Würden alle Gemeinden an einem Strick ziehen, hätten wir heute eine andere Situation.» Für Priska Seiler trägt der Kanton zu viele Hüte, wie sie sagte: «Er ist einerseits Aktionär des Flughafens, andererseits aber auch Vertreter der Flughafenwohner und für die Wirtschaftsinteressen der Region zuständig.» Letztere seien nicht zu negieren, betonten alle Podiumsteilnehmer. Die Klotener Stadträtin versteht denn auch den Unmut in



Häufiger Vertrauensbruch des Flughafens: Thomas Hardegger und Priska Seiler Graf, beide SP.

den Südgemeinden. So könne die Situation von null Fluglärm vor dem Südanflug auf etwas Fluglärm nach dessen Einführung als massiv störend empfunden werden. Die Küsnachter Gemeinderätin Ursula Gross, vom Südanflug direkt betroffen, stellte daraufhin die Frage, ob es wirklich so sei, dass sich der Süden gegen alles wehre. «Es ist vielmehr ein Schwarzer Peter, der herumgereicht wird», sagte sie und betonte: «Es geht nicht nur um Fluglärm, sondern auch um Sicherheit.» Sie meinte damit, dass bei einem Absturz im Süden des Flughafens mehr Menschen betroffen wären. Trotz den Differenzen sieht Beat Walti Licht am Ende des Tunnels. So könne über das Thema Südanflug nach den sehr emotionalen Anfängen nun sachlicher diskutiert werden. «Wir müssen nun pragmatische Lösungen finden.»

Dennoch dürfen für Seiler und Hardegger auch Südstarts geradeaus nicht tabu sein. «Sie würden auch die Sicherheit erhöhen», betonte Seiler und kritisierte gleichzeitig, dass



Pragmatische Lösungen suchen: Ursula Gross Lehmann und Beat Walti, beide FDP.

Fotos: Daniel Jaggi

ebendiese Südstarts im Betriebsreglement des Flughafens nicht enthalten sind. Mit den zusätzlichen Starts zwischen 10 und 14 Uhr Richtung Süden könnten den sich um diese Zeit aufbauenden Verspätungen entgegengewirkt werden, betonte Hardegger. «Diese Verspätungen ziehen sich bis in die Nacht hinein», sagte der Rümlanger Gemeindepräsident weiter. «Das ist ein Grund dafür, weshalb im Juli bis nach 24 Uhr geflogen wurde, obwohl um 23 Uhr Schluss wäre.» Überhaupt, so monierte Hardegger, sei es unhaltbar, dass sich der Flughafen die hierzu notwendigen Ausnahmegenehmigungen gleich selber geben könne.

«Demokratischer Prozess nötig»

Auch für Ursula Gross ist klar, dass die Sicherheit erhöht werden muss. Ihr Vorschlag, die Parallelpiste zu realisieren, wurde im Publikum aber mit spitzen Bemerkungen kommentiert. Für Beat Walti ist eine Pistenverlängerung nach Rümlang eine weitere Möglichkeit, die Sicherheit zu

erhöhen und dem Flugbetrieb die nötige Stabilität zu geben. Für ihn muss dieses Begehren aber in einen demokratischen Prozess eingebunden sein. Für Priska Seiler alles nur schöne Worte: «Der Bevölkerung fehlt hierfür das Vertrauen.» Der Flughafen habe in der Vergangenheit die Bevölkerung und Gemeindebehörden «immer an der Nase herumgeführt». Sie könne deshalb einer solchen Möglichkeit nicht zustimmen. Zudem habe der Kantonsrat schon drei Mal Nein zu Pistenverlängerungen gesagt. Beat Walti dementierte, der Flughafen habe in der Vergangenheit Vertrauensbruch begangen. Er warb um Verständnis: «Man kann eine Entwicklung nicht zehn Jahre im Voraus sehen.» Eine Pistenverlängerung steht für Hardegger ausser Frage. «Sie ist nicht nötig.» Er plädierte vielmehr dafür, das Vertrauen der süddeutschen Gemeinden zu stärken, sodass sie entsprechend ihrem wirtschaftlichen Vorteil, der durch die Flughafennähe bestehe, ihren Anteil am Fluglärm tragen werden.